

Die Volksschule wird zerfchlagen!

Schuldebatte im Landtag - Volksbildungsminister Kaiser solidarisiert sich mit den deutschnationalen Schulreaktionären - Der mit der Konfessions- schule und der Prügelstrafe! - Die kommunistische Forderung auf Kinderpeinigung abgelehnt - Die USPD als Retter des schwarzen Blodes!

Landtagsfikung vom 3. Mai 1927

Sitzung sozialdemokratischer Vertreter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung er- hält das Wort Genosse Dr. Schminde zur Abgabe folgender Erklärung:

Als ich in der Landtagsfikung vom 26. April bei Beratung des Kapitels 'Bad Elster' die arbeiterfeindliche Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion aufzeigte, hat der Abgeordnete Hartig meine Feststellung mit persönlichen Anwürfen gegen mich beantwortet. Diese hat er dann auf mein wiederholtes Drängen in einer Erklärung in der Landtagsfikung vom 28. April dahin konkretisiert, daß er behauptet: Ich hätte während meines Aufenthaltes im Gefängnis in Juidau im Jahre 1923 dem damaligen Reichskommissar und Reichstagsabgeordneten Meier erklärt, daß ich mich von der Verkehrtheit der kommunistischen Ideen überzeugt hätte und nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis der Sozialdemokratie beitreten würde.

Ich erkläre hiermit, daß an der Behauptung kein Wah- res Wort ist. ... Ich habe dann mit dem Mitglied der SPD, Herrn Obergefängnis- anstaltsdirektor Grohmann, der der Unterredung mit Meier beizuhören, die Angelegenheit besprochen. Dieser hat als er die Erklärung Hartigs las, mit den Kopf geschüttelt und mir gesagt, daß er sich nicht genau auf diese Unterredung mit Meier besinnen könne, daß ihm aber ein solcher Ausdruck von mir aufgefalle wäre und er ihn lieber nicht vorgelesen hätte.

Hiermit ist es jetzt nicht nötig, weil von den beiden - Meier und Hartig - der Urheber dieser unwahren Behauptungen ist. ... Die Sozialdemokraten sind schließlich bereits bei der Abgabe der Erklärung Da Diekmann beleidigende Jurufe macht, muß ihn Präsident Schwarz zur Ordnung rufen.

Das Statutkapitel, Anstalten für Taubblinde, Ertaubte und Schwerhörige wird einstimmig genehmigt.

Der Kampf um die Schule

Kunmehr werden in gemeinsamer Beratung die Anträge und Anträge über die Schulfragen und das Statutkapitel über Volks- und Fortbildungsschulen behandelt. Die Kommunisten haben Anträge gestellt, in denen Einführung völliger Vermittelfrei- heit, Schulspaltung und -neigung für bedürftige Schulkinder, Erholungsheime und Kontrolle der Erziehungsplichtigen gefor- dert wird. Weiterhin fordern wir eine Verringerung der Pflicht- stundenzahl der Lehrer, Abschaffung des Schulgebütes und kosten- lose Ueberlassung der Schulräume für Jugend- und Kulturorga- nisationen der Arbeiterschaft. Der Berichterstatter des Aus- schusses, Abgeordneter Claus, erklärt die Einführung der völligen Vermittelfreiheit für 'ungeheuerlich' (!) und will diese Frage der ortsgemeinschaftlichen Regelung überlassen. Zur Frage der Kinderlei- dung und -speisung erklärt die Regierung, daß die Frage nur durch das Wohlfa- ministerium geregelt werden könne, die Angele- genheit sei jedoch wahrscheinlich überhaupt keine Aufgabe des Staates. Zur Frage des Schulgebütes wird erklärt, daß die bisherige Regelung die beste sei.

Der deutschnationale Siegert begründet darauf einen Antrag auf Einrichtung 'christlicher Volksschulen'. Der Kultusminister Dr. Kaiser solidarisiert sich grundsätzlich mit diesem neuen Vorstoß der Schulreaktion. Der bekannte Lobredner des Rohlfach-Abgeordneten, der deutschnationale Grellmann, fordert in einem anderen Antrag

eine scharfe Urabstimmung unter der Volksschullehrerschaft über die Wiedereinführung des körperlichen Züchtigungsrechts. Diese beiden Anträge charakterisieren den Schulkampf der deutschnationalen Interessenten.

Genosse Köhler begründet kurz die kommunistischen An- träge, Hartig die sozialdemokratischen und der Demokrat Dr. Senfert einen Antrag seiner Fraktion. Diesen aufeinanderfolgenden Begründungen folgt die Debatte.

Abgeordneter Wedel (Soz.) nimmt in drastischen Aus- fahrungen grundsätzlich zu den Schulfragen Stellung. Als er treffend den bürgerlichen Charakter gewisser scharfer Sprichwörter wie 'Ohne Reich, kein Preis', oder 'Eigener Herr ist Goldes wert', widerspricht, widerspricht ihm der Volksparteiliche Köstig. Als Wedel ironisch fragt, ob vielleicht an der Vereinerung brei- ter Volksmassen der Marxismus schuld sei, ruft Köstig: 'Selbst- verständlich!' Diese von geradezu erstaunlichem Verstandnis auf- gehende Bemerkung des Volksparteilichen ruft auf der Linken und auf der Tribüne förmliches Gelächter hervor. Wedel legt sich für eine 'Gemeinschaftskultur' ein und erklärt, daß man mit einem sozialdemokratischen Kultusminister das Ziel erreichen könne. (!) Diese parlamentarische und reformistische Auslegung charakteri- siert die sozialdemokratische Haltung. Schließlich erklärt Wedel seine Zustimmung zu den kommunistischen Anträgen.

Claus weiß noch, daß die Regierung die Beschlüsse des Land- tages in der Richtung auf Besserung des Verhältnisses der Volks- schule sabotiert oder in einer dem Sinne der Anträge widerspre- chenden Weise durchführt. Diese Oppositionsrede des Mitgliedes einer Regierungspartei spiegelt die Zerfaltung in der Koalition deutlich wieder. Der Volksbildungsminister Dr. Kaiser wendet sich gegen die Ausführungen Wedels und erklärt, daß auch er auf dem Boden einer einheitlichen Kultur stehe. (Das sollte sich Wedel merken!)

In der Frage der Vergabung von Schulräumen betont Dr. Kaiser ausdrücklich, daß Organisationen, die die bestehende Staats- oder Gesellschaftsordnung mit anderen Mitteln als ver- fassungsmäßigen ändern wollen, von der Vergabung ausgeschlossen sind. Es ist also Tatsache, daß die Regierung die revolutionä- ren Jugend- und Kulturorganisationen von dieser Vergabungs- recht ausschließt.

Kunmehr erhält für die kommunistische Fraktion das Wort Genosse Köhler:

Die Kritik an der Schule muß im Rahmen der gesamten Kul- turpolitik gesehen, will man die Dinge wirklich von Grund auf behandeln. Die heutige Lage auf kulturpolitischem Gebiet ist cha- rakterisiert durch das Kommen

des Reichstagsverfalls.

Das Reichsschulgesetz, dessen Vater bekanntlich der Sozialdemokrat Schulz ist, der damit den Weg der Zerfaltung der Volksschule durch die Kulturreaktion gebahnt hat, steht in seiner neuen Fassung einen weiteren Fortschritt der Reaktion dar und wird zusammen mit dem Konforbat die kon- fessionelle Schule bringen. Diese Vorgänge im Reich werden auch ihre Folgen in Sachsen zeitigen. Haben wir noch eine Kon- fessionschule, die nur durch die Lehrerschaft etwas gemildert ist, so wird mit dem Reichsschulgesetz der schwarze Kurs verschärft werden. Mit der Konfessionalisierung muß ein pädagogischer Rückschritt eintreten. Entgegen den Behauptungen des Bür- gertums, daß 'Religion unerlässlich für die deutsche Kultur' sei, erklären wir,

daß es keine 'einheitliche deutsche Kultur' gibt. Jeder nächste Betrachter wird feststellen, daß es große Unter- schiede in der 'Kultur' gibt, die nicht von der Abtötung einzelner, sondern von den Verhältnissen erzeugt werden. Das Rät- chen vom dem 'gleichmäßigen Genuß der Kulturgüter' gereicht die Wirklichkeit, die Ueberflut auf der einen, namenloses Elend auf der anderen Seite zeigt. Hand in Hand mit den heuchleri-

chen Erzählungen von 'deutscher gemeinsamer Kultur' geht der Kampf um religiöse Verbannung und Züchtigungsrecht. Die deutschnationalen haben diesen Weg gezeigt. Sie forderten:

Einladung

Landestkongreß der Werttätigen Sachsens

am Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. Mai im Reglerheim, Dresden-N., Friedrichstr. 12. Beginn nachmittags 4 Uhr.

Tagesordnung:

- 1. Imperialismus und Bürgerblut in Deutschland. 2. Die lächerliche Bürgerblutregierung im Kampf gegen die Werttätigen. Referent: Landtagsabgeordneter Paul Bötzche. 3. Die Notlage der arbeitenden Mittelschichten a) Kleingewerbetreibende, Handwerker und Kleinhandler, b) Mieter- und Wohnungsträger, c) Kleinbauern, d) gesundheitliche Lage. Referenten hierzu werden noch bestimmt. 4. Der Kampf um die Einheit. Referent: Schred. Deimold. 5. Verschiedenes.

Einzelnen sind alle Gewerkschaften, Betriebe, Organisationen und Verbände, die am Reichskongreß der Werttätigen in Berlin teilgenommen haben. Außerdem sind zur Entsendung von Delegationen alle Gewerkschaften, Betriebe, Organisationen und Verbände, die sich mit den Zielen der Werttätigenbewegung einverstanden erklären, berechtigt. Die Delegationen müssen von den delegierenden Körperschaften getragen werden.

Quartiere werden bereitgestellt. Anfragen und Quartieranforderungen an: Erich Schumann, Dresden-N., Güterbahnhofstraße 24, p. 1.

Landesausschuß der Werttätigen Sachsens

J. W. Erich Schumann

Die beiden Forderungen haben eine gemeinsame Basis. Sie wollen die Kinder der werttätigen Schichten geistig und körperlich in den Bann der herrschenden Klasse zwingen, sie wollen sie hindern an der Erkenntnis von der unangenehmsten Notwendigkeit der Führung des Klassenkampfes. Die herrschende Klasse will in die proletarischen Kinderheime Dogmen statt Leben, den Forderungen ihrer wirtschaftlichen Lage entwach- senen Gedanken prellen. Ein Instrument dieses Zieles wird der Lehrplan sein, den die Beauftragten der herrschenden Klasse fertigstellen. Wir müssen diesen Plan bekämpfen, weil er von den Vertrauensleuten der Koalition ausgearbeitet diesem Ver- wirrungszweck dienen muß.

Inlere Auffassungen von dem Charakter und der Aufgabe der Schule sind von denen des Bürgeriums grundsätzlich ver- schieden. Wir haben die Gedanken der Kinder zur Kritik zu erwecken. Wir wollen sie schon in der Schulzeit vorbereiten für den Klassenkampf, der tatsächlich auch in der Schule sich aus- wirkt und der beim Verlassen der Schule dem proletarischen Kinde in unerschütterter Form entgegentritt. Jeder Versuch, das

Christliche Konfessionsschule und Prügelstrafe

Diese beiden Forderungen haben eine gemeinsame Basis. Sie wollen die Kinder der werttätigen Schichten geistig und körperlich in den Bann der herrschenden Klasse zwingen, sie wollen sie hindern an der Erkenntnis von der unangenehmsten Notwendigkeit der Führung des Klassenkampfes. Die herrschende Klasse will in die proletarischen Kinderheime Dogmen statt Leben, den Forderungen ihrer wirtschaftlichen Lage entwach- senen Gedanken prellen. Ein Instrument dieses Zieles wird der Lehrplan sein, den die Beauftragten der herrschenden Klasse fertigstellen. Wir müssen diesen Plan bekämpfen, weil er von den Vertrauensleuten der Koalition ausgearbeitet diesem Ver- wirrungszweck dienen muß.

Inlere Auffassungen von dem Charakter und der Aufgabe der Schule sind von denen des Bürgeriums grundsätzlich ver- schieden. Wir haben die Gedanken der Kinder zur Kritik zu erwecken. Wir wollen sie schon in der Schulzeit vorbereiten für den Klassenkampf, der tatsächlich auch in der Schule sich aus- wirkt und der beim Verlassen der Schule dem proletarischen Kinde in unerschütterter Form entgegentritt. Jeder Versuch, das

Es läuten die Glocken...



Sozialdemokratisches Völkerkriegsgeläut zu den Ereignissen in China

Barbandenlein des Klassenkampfes zu leugnen, das Keilen die- ser Erkenntnis zu verhindern oder abzuweichen, muß zum Scheitern verurteilt sein. Das beginnt jetzt ein Teil der Lehrerschaft zu begreifen, der früher aus Mangel an Erkenntnis gerade diese Auffassung bekämpfte oder verleugnete hat. Die deutsche Pädagogik und insbesondere die ländliche hat keinen Grund, auf ihre 'Fortritte' stolz zu sein. Wir stellen fest, daß alle küm- merlichen Anläufe bemüht von den höheren Stellen aus ge- hemmt werden. Ein gutes Beispiel ist dafür aus Schwaben der Teilnahme von ländlichen Lehrern an einer pädagogischen Studienreise nach Sowjetrußland, das in der schwierigsten Lage Muttergütiges auf dem Gebiete der Pädagogik geschaffen hat. Falls wäre es, wenn man bei der Behandlung dieser Fragen vergesse wollte, daß die ökonomische Entwick- lung die Basis der bürgerlichen Familie zer- stört hat. Weil wir dies wissen, haben wir Forderung auf Spaltung und Klebung, Erhöhung von Vermittelausstattung der Kinder bei diesem Schuletat gestellt. Daß Sie (zur Mehr- heit) dies ablehnen, zeigt das wahre Gesicht Ihrer Kulturpoli- tik. Da sie ein Mittel und ein Teil der wirtschaftlichen Ausbeu- tung durch die kapitalistische Klasse ist, muß sie wie ihre Basis eine durch und durch arbeiterfeindliche sein. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, gerade angesichts des Schuletats der län- dlichen Koalition dies zu betonen und in den proletarischen Eltern und Erziehern die Erkenntnis zu wecken, daß der Kampf um die Schule ein politischer ist und daß eine wirkliche zweckmä- ßige Erziehung und

der Genuß der Kulturgüter der menschlichen Gesellschaft durch alle arbeitenden Menschen erst durch den Sturz der heutigen und den Aufbau einer neuen höheren, der sozialistischen Ge- sellschaftsordnung möglich sein wird! (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Nachdem noch Grellmann wütende Angriffe gegen die Kom- munisten und gegen die freibekende Lehrerschaft gerichtet hat, gibt der Präsident bekannt, daß die nächste Sitzung am Don- nerstag, dem 5. Mai, sich lediglich mit der Fortsetzung der Be- ratung der heutigen Tagesordnung beschäftigen wird. Nach- dem noch der Volksparteiliche Boigt unvorhersehen seiner Freude über das kommende Reichsschulgesetz Ausdruck gegeben hat, wird ein Antrag auf Abwägung der Debatte gegen Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Ein Schlußwort des sozialdemokratischen Redners wird ebenfalls durch den Vizepräsidenten Diekmann abgewürgt, der trotz förmlichem Protest der Linken die Abstimmung durchzu- führen verfußt.

Die USPD in der schwarzen Front

Naher den Nationalsozialisten fehlen aber auch sämtliche USPD-Abgeordneten, so daß die Bürgermehrheit gefährdet scheint. Ein bürgerlicher Abgeordneter bringt aber sofort die 4 USPD-Handlanger in den Saal, die dann auch die Majorität des Bürgerblodes garantieren.

In der Abstimmung werden sämtliche kommunistische Win- derbeitelanträge abgelehnt.

Angenommen wird dagegen die Forderung auf Vermeh- rung der Zahl der Bezirksschulräte um 2, ebenso das Verlan- gen, den Bezirksschulräten Verwaltungsbeamte beizugeben.

Schließlich wird der kommunistische Antrag, der von der Regierung die Erlassung einer Verordnung verlangt, wonach die Teilnahme von Lehrern und Schülern aller Schulgattungen an vaterländischen Feiern in deren Ermessen gestellt wird, mit Mehrheit angenommen, da mit den Kommunisten und Sozial- demokraten auch die Demofraten und Aufwarter stimmen. Die USPD-Reihe aber stimmen gemeinsam mit Volkspartei und den deutschnationalen. Die verschiedenen Anträge, die heute zur ersten Beratung standen, werden dem Rechtsausschuß überwiehen.

Nach Berichterstattung über das Kapitel 'Höhere Lehr- anstalten' wird die Sitzung abgebrochen.

Die Fortsetzung der Beratung der heutigen Tagesordnung findet am Donnerstag, dem 5. Mai, statt.

Die kommunistischen Anträge für die proletarischen Mütter

Im Haushaltsausschuß A des Landtages wurden bei dem Kapitel Wohlfahrtspflege vom Genossen Dr. Schminde unter anderem folgende Anträge, die eine große Bedeutung für die Frauen der Werttätigen haben, gestellt:

Die Sätze der Wochenfürsorge werden von 50 Pf. auf 2 Mark und das Stillgeld von 25 Pf. auf 1 Mark erhöht.

Begründet wurden diese Anträge mit der enormen Zunahme der Abtreibung aus Not und der Tatsache, daß der Keim für die hauptsächlichsten Krankheiten der Kin- der, wie Rachitis und Tuberkulose, im ersten Lebensjahre gelegt wird, daß also bessere Ernährungsmöglichkeiten für Mutter und Kind der wichtigste Faktor für die Erhaltung der Volksgesundheit sind. Obwohl zuerst aus finanziellen Gründen von bürgerlicher Seite gegen diese Anträge Stellung genommen wurde, fanden sie schließlich einstim- mige Annahme. Es steht erneut zu erwarten, daß auch das Wenum diesen Anträgen zustimmen wird. Damit wird aber nur einem Teil der Wöchnerinnen - nämlich denjenigen, die auf die Fürsorge angewiesen, dieser Ver- trag von 3 Mark gezahlt. Aufgabe der Arbeitervertreter in den Krankenkassen ist es nun, durchzusetzen, daß diese Sätze wie für die Wochenhilfe, auch für die ver- ieh- ten Wöchnerinnen und die Familienhilfe durchzuführen werden. Es sind also umgehend dahingehende Anträge für Erhöhung der Wochenhilfe und der Familienhilfe zu stellen. Die Krankenkassen dürfen hinter den staatlichen Unter- stützen nicht zurückbleiben.

Bei dem Kapitel 'Versicherungswesen' wird die kom- munistische Fraktion Anträge stellen, daß die Regierung Mittel bereitstellt, um die Wöchnerinnen, welche die Er- höhung der Wochenhilfe hervorruft, ganz oder teilweise den Krankenkassen zu ersetzen.